

Niederschrift

über die 54. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 17. Oktober 2018

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 16 Stadtratsmitglieder. Stadträtin Salvenmoser nahm an der Sitzung ab TOP 6 teil.

Ferner waren anwesend: Herr Trölenberg (TOP 5)
Herr Farrenkopf, Frau Eck (Büro Johann+Eck, TOP 8 und 11.1)
VR Firmbach, Stadtkämmerer
VR A. Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 - 10, nichtöffentlich ab TOP 11 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.35 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. **Bürgerfragestunde**

Hans Laubmeier sprach folgende Themen an:

Erhebliche Erhöhung seiner Wohnungsmiete
Lkw-Verkehr in der Münchner Straße zur Fa. Diephaus
Freilaufende Hunde am Mainufer

Bgm. Fath entgegnete hierzu:

Mieterhöhungen sind von der Stadt nicht beeinflussbar
Die Münchner Straße von der Frühlingstraße her ist die richtige Zufahrt zur Fa. Diephaus
Freilaufende Hunde kommen tatsächlich vor; Verstöße gegen den Leinenzwang werden soweit möglich geahndet.

2. **Genehmigung der Niederschriften über die Stadtratssitzungen am 11.07.2018 und 19.09.2018**

Der Stadtrat beschloß, die Niederschriften über die Stadtratssitzungen am 11.07.2018 und 19.09.2018 zu genehmigen.

3. **Neueinstellung von Mitarbeitenden für die Kernverwaltung**

Für die Verwaltung wurden in den letzten Monaten folgende Neueinstellungen vorgenommen:

Manja Kolwig (Vorzimmer, Nachfolge von Frau Behl)
Susanne Maier (Stadtkasse, Nachfolge von Frau Schütz)
Sabine Schedl (Technisches Bauamt)
Jens Doleschal (Kämmerei, Einarbeitung für die Nachfolge von Herrn Mechler)

Die neuen Mitarbeitenden stellten sich dem Stadtrat kurz vor.

4. **Ausscheiden des Stadtratsmitglieds Heinrich Hennrich aus der Fraktion der Freien Wähler - Neubesetzung des Bau- und Umweltausschusses**

Mit Schreiben vom 21.09.2018 hat das Stadtratsmitglied Heinrich Hennrich seinen Austritt aus der Fraktion der Freien Wähler mitgeteilt. Er hat erklärt, sein Mandat als fraktionsloser Stadtrat weiterführen zu wollen. Gemäß Art. 33 GO verliert er jedoch seine Ausschußmitgliedschaften im Bau- und Umweltausschuß sowie im Rechnungsprüfungsausschuß, sofern die Fraktion der Freien Wähler nicht ausdrücklich erklärt, daß er seine Mitgliedschaft in einem oder beiden Ausschüssen fortführen soll.

Der Stadtrat stellte den Verlust der Mitgliedschaft von Herrn Hennrich im Bau- und Umweltausschuß förmlich fest.

Das Ausscheiden von Herrn Hennrich führt aufgrund der gegebenen Stärkeverhältnisse nicht zu einer Neuverteilung der Ausschußsitze zwischen den Fraktionen.

Die Fraktion der Freien Wähler benannte Herrn Martin Ferber als neues Mitglied des Bau- und Umweltausschusses.

5. Weiterentwicklung des Friedhofs - Vorstellung der Vorplanung

In seiner Sitzung am 21.02.2018 hatte der Stadtrat beschlossen, das Büro Trölenberg+Vogt mit der Erstellung eines Friedhofsentwicklungsplans zu beauftragen. Dabei waren zunächst die Leistungsphasen 1 und 2 vergeben worden.

Herr Trölenberg stellte dem Stadtrat das Ergebnis der ersten Überlegungen vor. Danach wird im neuen Friedhofsteil derzeit v.a. die Notwendigkeit gesehen, die vorhandenen Graswege teilweise mit einer wassergebundenen Decke zu versehen und den derzeit mit Platten belegten Hauptzugangsweg vom Eingang St.-Martin-Straße zur Leichenhalle umfassend zu erneuern.

Die ursprünglich vorgesehene Erweiterung der Urnenwand wird dagegen vom Büro wegen der massiven Gestaltung und der Beeinträchtigung des Baumbestands dagegen kritisch betrachtet.

Es wird vorgeschlagen, zur Deckung des Bedarfs an Urnenwandgräber mehrere kleinere beidseitig erreichbare Einheiten im Bereich der früheren Familiengräber der Abteilungen I bis III zu errichten. Aufgrund der aktuellen Belegungssituation könnten somit kurzfristig etwa 36 bis 54 Urnenwandplätze geschaffen werden.

Um dem Wunsch nach anonymen und naturnahen Beisetzungen nachzukommen, könnte hinter der Martinskapelle durch Anpflanzung geeigneter, nicht zu großer Gehölze ein kleiner Friedwald entstehen. In diesem Zusammenhang könnte auch der Vorplatz der Kapelle einladender gestaltet werden.

Im Bereich der Abteilung I ist schon kurzfristig die Anlage weiterer Urnenerdgräber in der bisherigen Ausführung oder mit einer aufwendigeren Gestaltung (Urnengarten mit Wechselbepflanzung) möglich.

Insgesamt soll die Belegung des alten Friedhofsteils mittel- und langfristig auf die Bereiche der Mittelachse konzentriert werden, um in den Randbereichen Grün- und Aufenthaltsbereiche schaffen zu können.

Stadtrat Gernhart äußerte die Befürchtung, die Ausführung von Wegen in wassergebundener Decke werde zu einem erhöhten Pflegeaufwand führen. Herr Trölenberg stellte dies nicht grundsätzlich in Abrede, wies aber darauf hin, daß durch Auswahl geeigneten Material negative Auswirkungen verringert werden könne. Zudem könnten bekieste Wege im Falle von Setzungen im Umfeld schneller ausgebessert werden.

Die Stadträte Siebentritt und Hennrich kritisierten den geplanten Verzicht auf Ausbau der bestehenden Urnenwand vor der Leichenhalle als unwirtschaftlich, zumal bereits ein entsprechendes Fundament eingebaut wurde. Dem hielt Herr Trölenberg entgegen, daß bei einer Erweiterung der Urnenwand die dort vorhandene Sandsteinverkleidung entfernt werden müßte, was ebenfalls zu Kosten führen würde.

Der Stadtrat verwies die weitere Beratung des Vorentwurfs an den Bau- und Umweltausschuß. Dabei sollen folgende Themen vorrangig behandelt werden:

- Erweiterung der Urnenwand oder Bau neuer Elemente
- Herstellung anonymer Urnengrabstellen
- Gestaltung der Wege im neuen Friedhofsteil

6. Aufhebung des Bebauungsplanes „Bahnstraße“

Seit dem Jahr 1982 besteht für den Bereich der Grundstücke Bahnstraße 7-11 ein Bebauungsplan, der im wesentlichen eine Bebauung der rückwärtigen Grundstücksbereiche v.a. mit Reihenhäusern zum Ziel hatte. Die Planung ist nie realisiert worden und entspricht auch nicht mehr den aktuellen städtebaulichen Zielsetzungen. Die Verwaltung empfiehlt daher, den Bebauungsplan wegen Funktionslosigkeit aufzuheben.

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt ebenfalls, den Bebauungsplan aufzuheben.

Der Stadtrat beschloß, das Verfahren für die Aufhebung des Bebauungsplanes „Bahnstraße“ einzuleiten.

7. Neugestaltung der Homepage der Stadt

Durch die Firma „LivingData“ wurde es dem Landkreis Miltenberg möglich gemacht, ein neues Redaktionssystem für die Internetseiten der Kommunen aufzubauen. Aktuell wird bei der Stadt Würth „komXpress“ angewandt und wird in Zukunft durch eine neue Version „komXcms“ erweitert.

Gegenüber der bisherigen Version hat das komXcms folgende Vorteile:

- Einfachere Navigationsstruktur
- Einfache Bildbearbeitung
- Bilder im Layout können selbst eingefügt werden
- Bildergalerien können über das CMS angelegt und veröffentlicht werden
- Videos können schnell eingebunden werden
- Verbessertes Newssystem
- Einfach zu bedienender Veranstaltungskalender
- Nutzungsmöglichkeiten von Google-Maps-Karten
- Zeitgemäße responsive (= für Mobilgeräte und Desktop-PCs optimierte) Layouts können umgesetzt werden
- Inhalte aus komXpress (Behördenwegweiser, Formularübersicht, Telefonliste, Adressen ...) werden mit wenig Aufwand integriert

Das Landratsamt hat der Stadt drei verschiedene Templates vorgestellt. Die Verwaltung hat sich für das Mustertemplate „KomBN 3“ entschieden. Dieses Layout entspricht einer modernen und benutzerfreundlichen Internetseite. Die Verwendung ist völlig kostenfrei. Das Navigationskonzept wurde bereits angepaßt, ebenfalls die grafische Gestaltung.

Die Verwaltung empfiehlt, der Neugestaltung der Homepage zuzustimmen.

Stadtrat Dotzel regte an, die Homepage mit verschiedenen Browsern und Betriebssystemen zu testen.

Auf Anfrage von Stadtrat Laumeister teilte Bgm. Fath mit, daß die Umstellung von der Verwaltung begleitet wird, dafür aber ein gewisser Umfang an personellen Ressourcen erforderlich ist.

Stadtrat Wetzel fragte an, inwieweit die Stadt Planungen für eine stärkere elektronische Ausrichtung der Verwaltungsprozesse („E-Government“) betreibt. Bgm. Fath wies darauf hin, daß die Entwicklung in diesem Bereich wesentlich von der Rolle des LRA als koordinierende Stelle abhängt.

Die Stadträte Siebentritt und Salvenmoser stufen die Neugestaltung der Homepage als Geschäft der laufenden Verwaltung ein. Bgm. Fath hielt dem entgegen, daß gerade die Homepage aufgrund ihrer hohen Außenwirkung einer Legitimation durch den Stadtrat bedarf.

Der Stadtrat nahm von der Neugestaltung der Homepage zustimmend Kenntnis.

8. Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtungen -

8.1 Ergebnis der vertieften Variantenuntersuchung

In der Stadtratssitzung am 11.07.2018 hatte das Büro Johann+Eck die verschiedenen Varianten für die Ausweitung der Kinderbetreuungskapazitäten vorgestellt. Zwischenzeitlich wurden ergänzend dazu die zusätzlichen Umbaukosten im Pfarrzentrum ermittelt, die durch eine Nutzung des Nikolaussaals mit Nebenräumen als Kinderkrippe ausgelöst würden.

Frau Eck und Herr Farrenkopf waren während der Sitzung anwesend und präsentierten das Ergebnis ihrer weitergehenden Untersuchungen. Danach wird die Verlegung der durch einen Einzug der Kinderkrippe entfallenden Neben- und Funktionsräume innerhalb des Pfarrzentrums einen Aufwand von etwa 550.000 € auslösen. Danach ergeben sich für die verschiedenen Varianten folgende Kosten:

Variante 1 (Erweiterung beider KiTas um je eine Gruppe)	
Gesamtkosten:	1.650.000 €
Förderfähige Kosten voraussichtlich:	592.515 €
Förderung bei Fördersatz 60%	355.500 €
Eigenanteil Stadt	1.294.500 €
Variante 2 (Neubau einer KiTA an der Bayernstraße)	
Gesamtkosten:	2.210.000 €
Förderfähige Kosten voraussichtlich:	953.370 €
Förderung bei Fördersatz 60%	572.000 €
Eigenanteil Stadt	1.638.000 €
Variante 3 (Erweiterung der KiTa „Kleine Strolche“)	
Gesamtkosten:	1.440.000 €
Förderfähige Kosten voraussichtlich:	816.710 €
Förderung bei Fördersatz 60%	490.000 €
Eigenanteil Stadt	950.000 €
Variante 4 (2 Krippengruppen im Pfarrzentrum)	
Gesamtkosten:	1.760.000 €
Förderfähige Kosten voraussichtlich:	870.000 €
Förderung bei Fördersatz 60%	522.000 €
Eigenanteil Stadt	1.238.000 €

Der Fördersatz wurde dabei vorsichtig geschätzt, da die Regierung eine Aussage dazu nicht für alle Varianten treffen wollte.

Das Büro Johann+Eck empfiehlt die Verwirklichung der Variante 3. Darüberhinaus empfiehlt das Büro, die unzureichenden Funktionsräume Essen und Personal in der KiTa Rasselbande zu erweitern. Der Aufwand hierfür beträgt ca. 215.000 €, Fördermöglichkeiten sind noch mit der Regierung von Unterfranken abzustimmen.

Die Leiterinnen der beiden städtischen Kindertagesstätten, Frau Schreck und Frau Kaspap, sprachen sich für einen Neubau als nachhaltige und dauerhafte Lösung aus, von der keine Beeinträchtigungen des Betriebs während der Bauphase ausgingen.

Stadtrat Laumeister formulierte das Spannungsfeld des Stadtrates, einerseits eine dauerhafte Deckung des Bedarfs anzustreben, andererseits die Haushaltsmittel der Stadt sachgerecht zwischen den Aufgaben der Stadt zu verteilen. Deshalb spreche sich die Fraktion der CSU für die Variante 3 aus, wobei die konkreten Fördermöglichkeiten noch ermittelt werden müßten.

Stadtrat Salvenmoser stufte die Herausforderung steigender Kinderzahlen und eines erhöhten Betreuungsbedarfs grundsätzlich als positiv ein. Eine Prognose der mittelfristigen Entwicklung sei schwierig, da evtl. bestehende Sondereffekte künftig wegfallen könnten.

Auch die Fraktion der SPD spreche sich daher für die Variante 3 aus.

Auf Anfrage von Stadtrat Feyh teilte Herr Farrenkopf mit, daß die Förderung für Neu- und Anbauten nach festen Kostenrichtwerten und Raumprogrammen, für Umbauten nach den tatsächlichen Umbaukosten ermittelt werden.

Bgm. Fath verwies darauf, daß ein Neubau nicht zu einer Verbesserung der Situation in den bestehenden Einrichtungen führen würde.

Stadtrat Wetzel äußerte die Auffassung, daß ein Anbau nach Variante 3 zu erheblichen Synergieeffekten insbesondere beim Personaleinsatz führen würde.

Auf Anfrage von Stadträtin Zethner teilte Herr Farrenkopf mit, daß seiner Meinung nach die Förderung der im Jahr 2012 erfolgten Sanierung der KiTa „Kleine Strolche“ wegen des nachgewiesenen Bedarfs auch im Falle eines Anbaus nicht gefährdet sei.

Stadtrat Oettinger verwies darauf, daß in der Haushalts- und Finanzplanung bislang niedrigere Kosten und eine höhere Förderung angenommen worden seien und insofern eine hohe Finanzierungslücke bestehe.

8.2 Beschlußfassung zum weiteren Vorgehen

Nach dem Ergebnis der Untersuchungen des Büros Johann+Eck stellt sich aus Sicht der Verwaltung der Anbau der beiden Gruppen an die KiTa „Kleine Strolche“ als wirtschaftlichste Lösung dar, die auch nur zu geringen Beeinträchtigungen des laufenden Betriebs führen würde.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, die konkrete Zuschußhöhe für die Erweiterung der KiTa „Kleine Strolche“ zu ermitteln und mit den Fördermöglichkeiten eines Neubaus zu vergleichen. Zudem sollen die Fördermöglichkeiten für die Erweiterung der Funktionsräume in der KiTa „Rasselbande“ ermittelt werden.

9. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- Das Hospiz Alzenau hat mitgeteilt, daß für Institutionen eine Mitgliedschaft im Förderverein bei einem Mindestjahresbeitrag von 120 € möglich ist. Nachdem der Landkreis derzeit eine eigene Förderung der Baumaßnahme berät, soll zunächst das Ergebnis dieses Beratungsprozesses abgewartet werden.
- Die Verwaltung führt mit der Fa. Diephaus Verhandlungen über den Erwerb eines Grundstückstreifens am Werk Landstraße, um den beschädigten Radweg in diesem Abschnitt etwas von der Uferkante des Mains abrücker zu können.

10. Anfragen

- Stadtrat Laumeister fragte an, ob an eine Verbesserung der Anliefersituation am Anwesen Landstraße 11b (Poststelle und Telekomladen) gedacht sei. Wiederholt würden Liefer-Lkw im Bereich der Ampel geparkt. Er regte eine Beratung im bau- und Umweltausschuß der Stadt an.

Bgm. Fath sagte entsprechende Gespräche mit dem Ladeninhaber zu. Die Situation soll zunächst beobachtet werden.

Wörth a. Main, den 24.10.2018

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer